



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

24. November 2017



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Reise nach Jamaika ist abgesagt! Ich bedaure das ausdrücklich. Die Verhandlungen mit sehr unterschiedlichen Partnern waren schwierig, aber eine Einigung schien zum Greifen nahe. In wichtigen Themen wie Familienförderung, Pflegesituation, Breitband-Ausbau und Landwirtschaft gab es schon Ergebnisse. Und auch bei sehr umstrittenen Fragen wie bei der Flüchtlingspolitik, beim Klimaschutz und bei den Steuern ist man aufeinander zugegangen. Umso größer ist nun die Enttäuschung.

Trotzdem müssen wir nach vorne schauen: Einfach die Flinte ins Korn werfen und leichtfertig nach Neuwahlen rufen, das wäre keine Haltung. Und es scheint kaum vorstellbar, dass eine Minderheitsregierung die Stabilität bringen kann in einer Zeit, in der wir Antworten geben müssen auf Verunsicherungen bei vielen Menschen im Land und in der wir in Europa Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen haben.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble haben klare Worte gefunden: Als Abgeordnete haben wir die Verantwortung, auch in schwieriger Konstellation alles zu versuchen, um eine Regierungsbildung zu ermöglichen. Dazu gehört die Bereitschaft zu Kompromissen - und keiner darf sich drücken!

Deshalb ist unsere Botschaft an die SPD: Die Tür ist offen, wir sind zu Gesprächen bereit! Eine neue Große Koalition kann es nicht zu jedem Preis geben - aber wir sollten es in dieser Situation noch einmal miteinander versuchen. Nicht aus Liebe, aber aus Verantwortung!

Ihr **Andreas Jung**

Ergebnisse der Sondierung

Die Sondierungsgespräche mit FDP und Grünen sind in der Nacht von Sonntag auf Montag von der FDP für beendet erklärt worden. Dies ist bedauerlich. Aus Sicht der Union lagen genügend tragfähige Grundlagen vor, um eine stabile Regierung zu bilden, die die richtigen Entscheidungen für eine gute Zukunft unseres Landes treffen kann. Der Union ist es gelungen, wichtige Anliegen durchzusetzen. Dazu gehören zum Beispiel folgende Punkte:

Wirtschaft, Wohlstand, Arbeit

- Vollbeschäftigung
- Sozialversicherungsbeiträge bis 2021 bei unter 40 Prozent stabil halten
- Befristete Arbeitsverträge erhalten, ihren Missbrauch bekämpfen
- Beim Mindestlohn sicherstellen, dass ehrenamtliche Tätigkeit nicht erschwert wird
- Paket „Kleine Selbstständige“
- „Gründer- und Starterpaket“, das Unternehmensgründungen erleichtert und fördert
- Regelwerk zur Steuerung der Einwanderung von Fachkräften in den Arbeitsmarkt

Familie

- Erhöhung Kindergeld um 25 Euro je Kind und Monat, entsprechende Anhebung Kinderfreibetrag und Erhöhung Kinderzuschlag
- Einführung eines Baukindergeldes
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern schaffen

Soziale Sicherheit

- Sofortprogramm „Pflege“ (mehr Pflegekräfte, bessere Bezahlung), Bürokratieabbau in Pflege
- Schulgeld für Heilberufe abschaffen
- Auf Kinder von pflegebedürftigen Eltern erst ab einem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgreifen
- Sicherstellung guter Gesundheitsversorgung überall in Deutschland – besonders im ländlichen Raum (Landarzt-Garantie)
- Verbesserung der Erwerbsminderungsrente für diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können
- Ein weiterer Schritt bei der Mütterrente
- Rentner, die Anspruch auf Grundsicherung haben, sollen nicht zum Sozialamt müssen, sondern diese bei der Rentenversicherung beantragen
- Rentenkommission, um Rente nach 2030 zukunftssicher aufzustellen

Innere Sicherheit

- 7500 neue Stellen für die polizeilichen Sicherheitsbehörden des Bundes
- Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten und besonders gefährlichen Orten
- Stärkere Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Kampf gegen den Terrorismus
- Bundesweit einheitliche Abwehr von Gefahren und Angriffen aus dem Cyberraum
- 2000 neue Stellen in Bund und Ländern für eine funktionierende Justiz

Flucht und Asyl

- Die Gesamtzahl der Aufnahmen aus humanitären Gründen soll die Zahl von 200 000 Menschen im Jahr nicht übersteigen
- Ausweitung von sicheren Herkunftsstaaten
- Bündelung Verfahren von allen Asylsuchenden in Aufnahme- und Entscheidungszentren
- Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige: Eine Einigung war zum Greifen nah

Landwirtschaft, ländliche Räume, Wohnen

- Bekenntnis zu einer vielfältigen Landwirtschaft und verlässlicher Ertragssituation
- Vergleichbares Volumen in der GAP nach 2020
- Mehr Geld für GAK, u. a. für Tierwohl, Ställe der Zukunft, Erhalt Kulturlandschaft, gesunde Ernährung, Präzisionslandwirtschaft
- Förderung von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft
- Fortführung aller bisher kommunal wirksamen Finanzprogramme
- Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, die bis Ende 2018 konkrete Vorschläge erarbeitet
- 1,5 Millionen neue Wohnungen in den kommenden vier Jahren bauen

Verkehr, Energie, Klima

- Investitionshochlauf verstetigen
- Planung und Umsetzung von Infrastrukturvorhaben beschleunigen
- Entwicklung alternativer Antriebe technologieoffen fördern
- NOX-Grenzwerte in den Städten einhalten, Fahrverbote vermeiden
- ÖPNV stärken
- Einheitliches elektronisches Deutschlandticket bei der Bahn einführen

- Klimaschutzabkommen von Paris und Klimaziele gelten
- Reform EEG mit Blick auf Marktreife
- Steuerliche Förderung energetischer Gebäudesanierung

Bildung, Forschung, Digitales

- 10 Prozent BIP in Bildung und Forschung bis 2025 investieren
- 3,5 Prozent des BIP bis 2025 in Forschung und Entwicklung investieren
- Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung mit besonderer Mittelstandsprägung
- Mehr Kooperation zwischen Kommunen, Ländern und Bund im Bildungsbereich
- Digitalpakt Schule, der Schulen bei Digitalisierung unterstützt
- Berufsbildungspakt, um berufliche Bildung zu stärken
- Nachfolgevereinbarung Hochschulpakt
- Gigabit-Netze bis 2025 flächendeckend ausbauen
- Vorreiterrolle beim Ausbau von 5 G Mobilfunk
- Modernes Datenrecht für neue Geschäftsmodelle
- Einheitliches digitales Bürgerportal bis 2022

Solide Finanzen und Steuern

- Auch in den kommenden vier Jahren ohne neue Schulden auskommen
- Den Solidaritätszuschlag so abschaffen, dass bis Ende der Legislaturperiode drei Viertel der Steuerzahler keinen Soli mehr gezahlt hätten
- Die Einkommensteuer für die kleinen Einkommen senken

Handlungsfähigkeit in Europa und der Welt

- Wirtschafts- und Währungsunion stärken und den Stabilitäts- und Wachstumspakt einhalten, um für einen dauerhaft stabilen Euro zu sorgen, Europa wirtschaftlich erfolgreicher zu machen sowie besser gegen Krisen zu wappnen
- Keine Öffnung von Kapiteln im Beitrittsprozess EU-Türkei, keine Visa-Liberalisierung, so lange die Türkei die Voraussetzungen nicht erfüllt
- Bekenntnis zur Bundeswehr, bestmöglicher Ausrüstung, Ausbildung und Betreuung
- Mehr für die Entwicklungszusammenarbeit tun (ODA-Quote)
- Abschottung bekämpfen und für fairen und freien Handel und Zusammenarbeit eintreten

„Mit der Wahl hat das Volk entschieden“



Bundestagspräsident **Dr. Wolfgang Schäuble** in dieser Woche auf die besondere Verantwortung von Wählern und Gewählten hingewiesen, die „Grundlagen unserer parlamentarischen Demokratie“ ernst zu nehmen. Es brauche Verständnis für die schwierige Gratwanderung, die es für alle bedeute, die politische Verantwortung tragen, für mehrheitsfähige Kompromisse auch in Teilen vom eigenen Wahlprogramm abzurücken. Das sei kein „Umfallen“, auch keine Profilschwäche.

Denn nur so könnten Mehrheiten und dazu notwendige Koalitionen gebildet werden. „Das ist mühsam, für alle“. Einigung durch gegenseitiges Nachgeben erfordere Mut. Nur so bleibe die politische Entscheidungsfähigkeit gewahrt, „die zu Recht von der Politik, von uns, erwartet wird“. Wählerauftrag heiße, „Verantwortung für unser Land“ in Europa und in der

Welt wahrzunehmen. Dazu brauche es Mehrheiten und eine handlungsfähige Regierung. Das sei am Ende der Kern des Wählerauftrags.

„In diesen Tagen wird viel über den Wählerauftrag geredet. Ihm fühlt sich jeder Gewählte verpflichtet. Aber: Was ist der Wählerauftrag? So einfach und so eindeutig, wie es scheinen mag, ist das nicht. Jede Partei, jeder Abgeordnete, wir alle sehen uns in der Pflicht, inhaltlich umzusetzen, wofür wir im Wahlkampf geworben haben. Aber zum Wählerauftrag gehört eben auch der Auftrag an uns alle, Mehrheiten zu bilden, eine handlungsfähige Regierung zu ermöglichen. Man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, wie regiert werden soll. Aber klar ist, dass regiert werden muss. Beides ist der Auftrag, den die Wähler erteilt haben, und mit beidem müssen wir als politisch Verantwortliche gewissenhaft umgehen“, appellierte der Bundestagspräsident an die Abgeordneten.

Klimaschutz ist Schicksalsfrage!



Von **Andreas Jung**

In der letzten Woche fand die Weltklimakonferenz in Bonn statt. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete den Klimawandel dabei als eine zentrale Herausforderung für die Menschheit - sie sprach von einer Schicksalsfrage. Warum das so ist zeigen etwa die Fidschi-Inseln, Sie hatten die Präsidentschaft der Bonner Konferenz: Auf diesen Inseln, die von Überflutungen bedroht sind, verlieren Menschen ihre Existenz und ihre Heimat, müssen umgesiedelt werden – und werden somit zu Klimaflüchtlingen. Auch für die Bekämpfung von Fluchtursachen ist ein engagierter Klimaschutz deshalb unverzichtbar. Es geht um die Bewahrung der Schöpfung - und es geht auch um wirtschaftliche Existenzen. Das gilt auch hierzulande, blickt man nur auf die Landwirte, die gehäuft unter extremen Wetterereignissen leiden - wie in diesem Jahr die Obstbauern gerade in Baden-Württemberg.

Damit ist klar: Wir müssen den Klimawandel aufhalten. Dazu gehört unvermeidlich, dass wir Schritt für Schritt aus der Kohleverstromung aussteigen. Die Dekarbonisierung, zu der sich die Bundesregierung schon auf dem G7-Gipfel in Elmau bekannt hat, ist mit Kohle nicht zu machen. Unsere Glaubwürdigkeit hängt davon ab, dass wir alles unternehmen, um unsere ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Selbstverständlich haben wir den Wandel unserer Energieversorgung so zu gestalten, dass die Wirtschaft florieren kann und die soziale Balance gewahrt wird.

Beim Thema Klimaschutz war man bei den Jamaika-Sondierungen weit gekommen und die Union hat sich mit einem ambitionierten Programm positioniert. Dahinter darf es kein Zurück mehr geben - ganz unabhängig von der künftigen Regierungskonstellation.

Um den kleiner werdenden Anteil der fossilen Energien zu ersetzen, brauchen wir Alternativen: Deshalb ist es notwendig, den Ausbau der erneuerbaren Energien kosteneffizient vorab zu treiben und darum müssen wir Speichertechnologien fördern und die Netze ausbauen. Auch bei der Energieeffizienz müssen wir vorab kommen und endlich die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung mit den Ländern gemeinsam umsetzen. Erfolgreicher Klimaschutz ist ein Querschnittsprojekt durch viele Politikfelder: Energie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft. Es geht darum, wie wir mit Maßnahmen in all diesen Sektoren unsere Klimaziele 2030 erreichen und damit unserer Verantwortung für die Bewahrung unserer Erde gerecht werden.

Flüchtlingsschutz ist Schutz auf Zeit



Von **Dr. Stephan Harbarth**

Am Abend der Bundestagswahl verkündete der Fraktionsvorsitzende der AfD mit aggressiver Rhetorik: „Wir werden Angela Merkel jagen“. Der erste innenpolitische Antrag seiner Fraktion, der am Mittwoch im Deutschen Bundestag beraten wurde, war allerdings so menschenverachtend, dass die AfD damit vor allem auf sich selbst schoss. Syrische Flüchtlinge werden in ihm zur Rückkehr und die Bundesregierung zum Abschluss eines Rückführungsabkommens mit Diktator al-Assad aufgefordert. Der Antrag blendet vollkommen aus, dass es auch nach der weitgehenden Niederlage des Islamischen Staates in zahlreichen Regionen Syriens zu militärischen Auseinandersetzungen – und zwar mit der innerstaatlichen Opposition – kommt. Derzeit sind allein rund eine halbe Million Menschen in belagerten Städten eingeschlossen und rund 12 Millionen Syrerinnen und Syrer auf der Flucht. Noch immer tobt in Syrien eine humanitäre Katastrophe.

Unser Land kann kein Abkommen mit einem international weitgehend geächteten Regime aushandeln, das mit Folter, Mord und schwersten Kriegsverbrechen gegen die innerstaatliche Opposition vorgeht. Erst Ende Oktober ist ein Untersuchungsbericht unter Beteiligung der Vereinten Nationen zu dem Schluss gekommen, dass das Assad-Regime in Khan Shaykhun am 4. April 2017 Sarin eingesetzt hat. Mehrere hundert Menschen sind damals getötet oder verletzt worden, darunter zahlreiche Kinder. Wer wie die AfD wenige Monate, nachdem auf Geheiß eines Diktators Kinder vergast wurden, einen solchen Diktator hofiert, der wird in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Flüchtlingswellen auslösen, und genau das wollen wir nicht. Für CDU und CSU ist ganz klar: Flüchtlingsschutz ist auch im syrischen Fall Schutz auf Zeit. Wenn die Fluchtgründe wegfallen und kein Integrationserfolg erkennbar ist, muss die Rückkehr im Vordergrund stehen. Aber dafür muss sich die Situation in Syrien erst nachhaltig und dauerhaft wandeln.

Diplomatie und Stabilität



Von **Roderich Kiesewetter**

Am Mittwoch hat unsere Fraktion die Lage im Nahen und Mittleren Osten im Rahmen einer aktuellen Stunde mit den anderen Parteien diskutiert. Der sog. „Islamische Staat“ wurde nahezu gänzlich aus seinem ehemaligen Herrschaftsgebiet verdrängt. Jedoch bleiben die Herausforderungen enorm: In Syrien sind die humanitären Bedingungen katastrophal. Russland ringt mit der Türkei und dem Iran um einen Friedenspakt. Gleichzeitig steht der Libanon als Partner direkt am Mittelmeer vor einer innenpolitischen Krise: Saudi-Arabien und der Iran ringen um Einfluss. Dabei ist der Libanon auch für uns wichtig, da er ein sicherer Hafen für Flüchtlinge ist. Nur wenn wir mit Partnern in der Region zusammenarbeiten, können wir gestalterischen Einfluss nehmen und dadurch künftige, mögliche Fluchtbewegungen verhindern.

Wichtig war mir deshalb in meiner Rede: Sichere Umfeldler zu schaffen erfordert, dass die Europäische Union durch ein abgestimmtes Engagement Training und Ausbildung als auch humanitäre Dienstleistungen leisten muss. So werden wir zu einem glaubwürdigen Partner. Grundlage sind dafür unsere starken Beiträge im Rahmen der Anti-IS-Koalition durch unsere Mission „Counter Daesh“, der Peschmerga-Ausbildung im Nordirak als auch die UNIFIL-Mission im Libanon, welche zur Friedenskonsolidierung zwischen dem Libanon und Israel beiträgt. Gerade hier zeigt sich unsere Verantwortung, und dass wir nicht in einer Zuschauerrolle verharren dürfen, wie die AfD es dem Vergleich zum deutschen Kaiserreich und Wilhelm II verklärend forderte. Ein weiterer Konflikt im Nahen Osten, indem eine hochgerüstete Hisbollah vom Iran aus gesteuert Israel bedroht, ist für uns nicht akzeptabel. Deshalb muss eine Initiative der Europäer darauf abzielen, die Aktivitäten des Iran klar zu benennen und einfordern, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Das iranische Atomabkommen ist richtig - aber nur ein erster notwendiger Baustein für Vertrauen in der Region, noch kein ausreichender Baustein. Diplomatie und glaubwürdige Beiträge zur Stabilität durch uns Europäer sind eine außenpolitische Priorität im ureigenen Interesse!

Pflegepersonal in Krankenhäusern: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht!



Von **Lothar Riebsamen**

Bereits am ersten regulären Plenarsitzungstag nach der Bundestagswahl hatte uns der gesundheitspolitische Alltag wieder. Die Fraktion der Linken forderte in zwei Anträgen eine bessere Personalausstattung in der Pflege, vor allem aber in der Pflege im Krankenhaus. In der Debatte waren sich die Vertreter aller Parteien einig, dass hier in der Tat dringender Handlungsbedarf besteht. Allerdings war es leider wie häufig bei Anträgen der Linken: das im Antrag Geforderte ist bereits beschlossen und befindet sich aktuell in der Umsetzung. Das Problem wurde bereits vor längerer Zeit erkannt und angegangen. So erarbeitete eine Expertenkommission vor ungefähr einem Jahr das genaue Vorgehen zur Lösung dieser Problematik. Anfang des Jahres beschlossen wir auf Basis der Ergebnisse dieser Expertengruppe, in der damaligen Großen Koalition, dass es nun Aufgabe der direkt Beteiligten – der Krankenhäuser und der Krankenkassen (der Partner der so genannten Selbstverwaltung) – ist, die geforderten Personaluntergrenzen für die Pflege in Kliniken festzulegen. Dieser Prozess läuft gerade und soll bis zum 30. Juni 2018 beendet sein. Geschieht dies nicht, so wird das Bundesgesundheitsministerium zum 01. Januar 2019 Personaluntergrenzen per Rechtsverordnung festlegen. Nach Inkrafttreten der

Untergrenzen werden die Umsetzung und die Auswirkungen der neuen Regelung zudem bis Ende des Jahres 2022 wissenschaftlich analysiert und bewertet.

Generell gilt es aber zudem, zu starre Personalvorgaben abzulehnen! In der Debatte wies ich darauf hin, dass die Aufträge der Krankenhäuser sehr unterschiedlich sind. Schließlich reichen sie von der normalen Grundversorgung hin bis zur Universitätsklinik. Hierfür starre Vorgaben und Verfahren vorzuschreiben ist definitiv zu aufwändig und zu bürokratisch.

Stärkerer Einsatz im Südsudan



In dieser Woche debattierten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen der Mission der Vereinten Nationen im Südsudan (UNMISS) bis Ende März. Damit erhalten die dort eingesetzten bis zu 50 deutschen Soldaten trotz Unsicherheit bei der Regierungsbildung den notwendigen politischen Rückhalt.

Thorsten Frei skizzierte in seiner Rede noch einmal die katastrophalen Zustände vor Ort. Obwohl die Anzahl von UN-Soldaten im Land zuletzt spürbar erhöht wurde, hat sich die Lage der Menschen weiter verschlechtert. Heute sind 7,6 Mio. von 12 Mio. Südsudanesen auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen. Das sind 2,8 Mio. mehr Menschen als noch bei der letzten Mandatsverlängerung. Die Zahl der Vertriebenen hat sich auf knapp 4 Mio. auch noch einmal deutlich erhöht.

Um die Probleme irgendwann in den Griff zu bekommen, braucht es eine politische Lösung und den vernetzten Ansatz wie bisher – nur eben engagierter und substanzieller. Zwar habe Deutschland in den vergangenen Jahren bereits mehr als 150 Mio. EUR für Hilfeleistungen in die Region gegeben, was aber eindeutig nicht reicht, wie wir sehen.“ Aus Sicht von Thorsten Frei sollte Deutschland über mehr personelle Unterstützung durch Soldaten, aber auch Polizisten nachdenken. Zivile Mittel können erst greifen, wenn die Konfliktparteien getrennt sind. Das aber ist im Sudan keinesfalls so.

Auch wenn die Forderung nach mehr Geld für eine zivile und militärische Beteiligung Deutschlands an der Mission im Südsudan unpopulär ist, so warnt Frei davor, „dass wir den Konflikt weiter nur beobachten. Die nächste Flüchtlingswelle schwappt von dort nach Europa.“ Derzeit befinden sich etwa 1 Mio. Flüchtlinge in ugandischen Flüchtlingslagern. Für deren Unterbringung werden laut World Food Programm 570 Mio. EUR p.a. benötigt. Bisher sind in diesem Jahr nur 20 % der benötigten Mittel eingegangen. Deshalb mussten die Essensrationen gekürzt werden. „Dieses Deja-Vu-Erlebnis sollte uns allen zu denken geben. Haben wir diese Bilder doch vor genau zwei Jahren rund um Syrien schon einmal erlebt. Wir sollten aus unseren Erfahrungen besser lernen und künftig einen größeren Beitrag für eine friedliche Zukunft des Südsudan anbieten und leisten.“

Grundgesetzänderungen kein Ersatz für verantwortungsvolle Bildungspolitik



Wenn es nach dem Willen der Fraktion Die Linke geht, soll es eine erneute Grundgesetzänderung geben, damit der Bund künftig mehr finanzielle Mittel für Bildungsaufgaben zur Verfügung stellt. Im Rahmen der Föderalismusreform im Jahr 2006 wurde eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten im Bildungsbereich zwischen Bund und Ländern vereinbart. Die Antragsteller fordern nun, dieses sogenannte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung aufzuheben und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung in Artikel 91b des Grundgesetzes zu verankern.

In seiner Rede machte **Dr. Stefan Kaufmann**, der in der vergangenen Wahlperiode Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung war, deutlich, dass sich seine Fraktion klar zum Bildungsföderalismus bekennt. Aus seiner Sicht sollte die Bildungshoheit der Länder nicht infrage gestellt werden, zumal es ein Verbot der Kooperation zwischen Bund und Ländern faktisch nicht gibt, wie eine Vielzahl gemeinsamer Projekte im Schul- und Hochschulbereich belegt (beispielsweise beteiligt sich der Bund mit 20,2 Mrd. Euro am Hochschulpakt und unterstützt mit 3,5 Mrd. Euro finanzschwache Kommunen bei der Schulsanierung). Kaufmann sprach sich allerdings dafür aus, durch einheitliche Standards in ganz Deutschland Bildungsabschlüsse vergleichbar zu machen, damit Schulwechsel zwischen zwei Bundesländern endlich erleichtert werden. „Das erwarten die Eltern und die Schülerinnen und Schüler zu recht von uns und das müssen und werden wir gemeinsam mit den Ländern angehen“, so der Stuttgarter Abgeordnete.

Die Behauptung der Linken, dass die Länder nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen würden, um beispielsweise den Sanierungsstau an Schulgebäuden zu beseitigen, trifft nicht zu. Zwar konnte der Bund im letzten Jahr fünf Milliarden Euro an Haushaltsüberschüssen erzielen, aber auch die Länder stehen glänzend da. Sie konnten sich zeitgleich über Mehreinnahmen in Höhe von neun Milliarden Euro freuen. Selbst die Kommunen erzielten im vergangenen Jahr 5,4 Milliarden Euro an Haushaltsüberschüssen. Es mangelt also nicht an finanziellen Mitteln in den Ländern, sondern teilweise an einer verantwortungsvollen Bildungspolitik der jeweiligen Landesregierungen. Eine Grundgesetzänderung würde hieran nichts ändern können, zumal die hierfür erforderliche Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat auch gar nicht zustande käme. Erst kürzlich erteilte Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann einer solchen Bildungsrevolution eine klare Absage. Festzuhalten bleibt daher: Kooperation ist in unserem Bildungsföderalismus bereits heute gelebte Wirklichkeit und bedarf keiner erneuten Grundgesetzänderung.

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundestag.de/mediathek.

Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie unter www.cdu-lg-bw.de.

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

Weitere Informationen
finden Sie im Angebot
CDU/CSU-Fraktion unter

info@cdu-lg-bw.de
www.cdu-lg-bw.de



Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).

*Impressum:
CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
Platz der Republik 1
11011 Berlin
[Newsletter abbestellen](#)*